



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/6560
VORLAGE

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

25. Mai 2020

Mein Aktenzeichen
2232-0028#2020/0029-
0301 343
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom
Ansprechpartner/-in / E-Mail
Philipp Staudinger
philipp.staudinger@mdi.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-3432
06131 16-17-3432

Sitzung des Innenausschusses am 13. Mai 2020

TOP 26: Rechtsextremer Anschlag in Hanau - Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT

- Vorlage 17/6195 -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Sitzung des Innenausschusses am 13. Mai 2020 wurde zu TOP 26 eine schriftliche Berichterstattung vereinbart. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Bericht den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Die Landesregierung verurteilt die verabscheuungswürdigen Tötungsdelikte zum Nachteil von Dr. Walter Lübcke und der Opfer von Halle und Hanau auf das Schärfste. Sie sieht im Rechtsextremismus eine ernste Bedrohung für das friedliche Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger in unserer freiheitlichen Gesellschaft in Rheinland-Pfalz.

Auch wenn in unserem Land die polizeilich registrierten, rechtsmotivierten Straftaten von 698 in 2018 auf 640 in 2019 sanken und auch die Gewaltdelikte deutlich von 52 in 2018 auf 35 abnahmen, ist dies kein Grund, im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit nachzulassen. Nach der Bewertung der Sicherheitslage durch das Landeskriminalamt (LKA) und den Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz empfinden Rechtsextremisten Juden, Muslime und Ausländer in unserem Land nach wie vor als Bedrohung. Dies dokumentieren Agitation und

1/5
Kernarbeitszeiten
09.00-12.00 Uhr
14.00-15.00 Uhr
Freitag 09.00-12.00 Uhr

Verkehrsankündigung
ab Mainz Hauptbahnhof
Straßenbahnlinien
Richtung Hechtsheim 50,51,52

Parkmöglichkeiten
Parkhaus Schillerplatz,
für behinderte Menschen
Hofeinfahrt MdI, Am Acker



Propaganda, aber auch die Begehung von Straf- und Gewalttaten. So sind die antisemitischen Straftaten von 32 in 2018 auf 50 im vergangenen Jahr gestiegen. Auch die fremdenfeindlichen Straftaten wuchsen von 116 auf 151 in 2019 an. Gerade der Anstieg der fremdenfeindlich motivierten Gewaltdelikte von 17 auf 27 bietet Anlass zur Sorge.

Die Landesregierung hat der Bekämpfung des Extremismus in jeglicher Ausprägung und der politisch motivierten Straftaten seit jeher eine maßgebliche Bedeutung beigemessen und wird diese Anstrengungen auch weiter forcieren. Deshalb wurde beim Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz mit der Einrichtung der Taskforce Gewaltaufrufe Rechts, die am 1. August 2019 ihre Arbeit aufgenommen hat, ein wirksames Instrument geschaffen, um rechtsextremistische Hetzer und Netzwerke im Internet zu entlarven.

Die Polizei hat die rechtsmotivierten Morde in der jüngsten Vergangenheit zum Anlass genommen, die Maßnahmenkonzepte erneut zu überprüfen und anzupassen. Auf Vorschlag von Rheinland-Pfalz hat die Innenministerkonferenz (IMK) die Fachgremien in diesem Zusammenhang beauftragt, eine Intensivierung der polizeilichen Maßnahmen zur Verhinderung von rechtsmotivierten Straftaten sowie der Früherkennung des gewaltorientierten rechtsextremistischen Personenpotenzials zu prüfen. Die IMK wird sich anlässlich ihrer kommenden Sitzung mit einem ersten Ergebnis dieser Analyse beschäftigen. Die IMK wird aufgrund unserer Initiative darüber hinaus eine Prüfung veranlassen, ob die derzeit umgesetzten Konzepte der Polizei von Bund und Ländern zur frühzeitigen Erkennung von rechtsmotivierten potenziellen Attentätern ausreichen oder gegebenenfalls weiterer Handlungsbedarf zur Abstimmung bundesweiter Indikatoren sowie hierauf aufbauender Handlungskonzepte zur Verhinderung von Anschlägen besteht.

Die Polizei Rheinland-Pfalz hat unabhängig hiervon bereits unmittelbar nach dem Spitzengespräch "Gegen Hass und Hetze" am 26. August 2019 damit begonnen, einen Zehn-Punkte-Plan zur Intensivierung der Bekämpfung des Rechtsextremismus umzusetzen. Die wichtigsten Maßnahmen werden nachstehend dargestellt:

Die nach dem ersten Spitzengespräch Sicherheit am 20. Januar 2017 eingerichtete und unter Leitung der Polizeiabteilung im Ministerium des Inneren und für Sport stehende interministerielle Fachgruppe Sicherheit prüft fortlaufend die Maßnahmen zur



Bekämpfung des Rechtsextremismus. Bei erkanntem Handlungsbedarf beschließt sie darüber hinaus die notwendigen Maßnahmen und koordiniert deren Umsetzung unter Federführung des jeweils zuständigen Ressorts.

Als ein Ergebnis des Sicherheitsgesprächs mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände am 8. Juli 2019 hat das LKA seit dem 1. August 2019 eine Telefonhotline eingerichtet. Zur Erleichterung einer Kontaktaufnahme mit der Polizei können betroffene Amts- und Mandatsträger über diese Hotline rund um die Uhr mögliche strafrechtlich relevante Sachverhalte mitteilen und von kompetenten polizeilichen Ansprechpartnern erste Hilfestellungen und Beratungen erhalten. Zur Optimierung und Beschleunigung einer Analyse und Bewertung möglicher Gefahrenlagen wurde das LKA Rheinland-Pfalz zudem mit zwei Stellen verstärkt.

Die Polizei Rheinland-Pfalz hat ferner ihre Ermittlungskompetenz bei der Bekämpfung rechtsmotivierter Straftaten weiter gestärkt. Zu diesem Zweck hat das Landeskriminalamt zum 1. Januar 2020 in seiner Fachabteilung „Politisch motivierte Kriminalität / Terrorismus“ ein neues Ermittlungsdezernat eingerichtet, das mit den polizeilichen Ermittlungen für alle Phänomenbereiche der politisch motivierten Kriminalität beauftragt ist. Die bisher im Rahmen der Ermittlungen gegen islamistisch motivierte Straftäter gewonnenen vielfältigen Erfahrungen können damit auch für die Bekämpfung des Rechtsextremismus genutzt werden.

Darüber hinaus haben die Polizeipräsidien in den Kommissariaten „Politisch motivierte Kriminalität / Terrorismus“ gesonderte Sachgebiete zur Bekämpfung des Rechtsextremismus geschaffen.

Unter Federführung des LKA wird die Polizei ferner ihre Maßnahmen zur Früherkennung einer möglichen Gewaltbereitschaft des rechten Personenpotenzials sowie von Vorbereitungshandlungen für Gewalttaten und Anschlägen ausweiten. Dazu wird in Anlehnung an das der frühzeitigen Erkennung islamistischer Attentäter dienende Projekt „AERBiT“ derzeit ein Auswerteprojekt zur Erkennung von rechtsextremistisch motivierten Gewalttätern konzipiert. Mit der Umsetzung des Projektes soll frühestens im Sommer begonnen werden.

Unabhängig hiervon überprüft die Polizei seit 2012 turnusmäßig die nicht vollstreckten Haftbefehle im Bereich der politisch motivierten Kriminalität – Rechts. Durch die vorgesehene Etablierung eines landesweit einheitlichen Haftbefehlsmanagements wird



die Polizei ihre Fahndungsmaßnahmen auch nach rechtsextremistischen Straftätern nochmals intensivieren und damit die Wahrscheinlichkeit einer zeitnahen Vollstreckung der Haftbefehle erhöhen.

Um die Ansprechbarkeit der Polizei für die Bürgerinnen und Bürger auch im Bereich der politisch motivierten Kriminalität flächendeckend zu verbessern, hat die Polizei seit Jahresbeginn ferner in allen Polizeiinspektionen feste Ansprechpartner benannt. Diese sind entsprechend aus- und fortgebildet, um Informationen zu politisch motivierten Straftaten sachgerecht erheben zu können, eine Erstbewertung vorzunehmen und die notwendigen polizeilichen Maßnahmen einzuleiten.

Die Bundessicherheitsbehörden sehen aktuell eine hohe abstrakte Gefährdung für jüdische und muslimische Menschen und Einrichtungen in Deutschland. Dies gilt auch für Rheinland-Pfalz. Bereits im Oktober 2019 hat die Polizei aus Anlass des mutmaßlich rechtsmotivierten Anschlags in Halle die Schutzmaßnahmen an den eingestuften jüdischen Objekten angepasst. Die Intensität der Bestreifungen wurde deutlich erhöht. Zudem ist seither die Polizei während Gottesdiensten und zu sonstigen relevanten Veranstaltungen und an symbolträchtigen Jahrestagen vor Ort dauerhaft präsent.

Die Polizei nahm ergänzend mit dem Vorsitzenden des Landesverbandes jüdischer Einrichtungen in Rheinland-Pfalz sowie mit den regionalen Ansprechpartnern Kontakt auf, um über die angepassten Schutzmaßnahmen anlässlich des Anschlags in Halle zu informieren und weitergehende Schutzbedürfnisse zu besprechen.

Parallel prüfte das LKA in Abstimmung mit den Polizeibehörden Optimierungsmöglichkeiten im Bereich der Sicherungstechnik in den eingestuften jüdischen Objekte und gab den Vorstandsmitgliedern auf Gemeindeebene verhaltensorientierte Ratschläge zur Gefahrenminimierung.

Bereits nach dem Attentat auf zwei Moscheen im neuseeländischen Christchurch am 15. März 2019 wurden Moscheen in Rheinland-Pfalz, insbesondere während der Gebetszeiten, verstärkt in die allgemeine Streifentätigkeit der Polizei einbezogen.

Nach dem Anschlag in Halle intensivierte die Polizei nochmals ihre Kontakte zu den muslimischen Verbänden und Gemeinden in Rheinland-Pfalz. Auf Wunsch der Gemeinden haben die Polizeibehörden auch Moscheen, Gebetsräume und vergleichbare Einrichtungen einer sicherheitstechnischen Überprüfung unterzogen.



Darüber hinaus habe ich am 2. März 2020 gemeinsam mit dem Präsidenten des LKA mit Vertretern muslimischer Verbände die Sicherheitslage von Muslimen in Rheinland-Pfalz erörtert. Die muslimischen Gesprächspartner brachten dabei Befürchtungen um ihre Sicherheit zum Ausdruck; diese werden von der Landesregierung sehr ernst genommen.

Die Polizei Rheinland-Pfalz wird über die sicherungstechnische und verhaltensbezogene Beratung hinaus spezifische Veranstaltungen für die muslimischen Gemeinden zur Information über die Sicherheitslage und zu Präventionsmöglichkeiten anbieten. Die für die Sicherheit in den muslimischen Einrichtungen verantwortlichen Gemeindemitglieder werden auf Wunsch im Rahmen spezifischer Fortbildungsveranstaltungen vertiefend über weitergehende Sicherheitsvorkehrungen informiert.

Darüber hinaus soll an dem persönlichen Austausch festgehalten werden. Daher ist für den Herbst dieses Jahres ein weiteres Treffen von Vertretern der Polizei und der Dachverbände vorgesehen.

Die Sicherheitsbehörden bekämpfen politisch motivierte Kriminalität und Extremismus in all ihren Ausprägungen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten. Dabei ist es das Gebot der Stunde, gerade dem Rechtsextremismus mit seiner menschenverachtenden Ideologie weiterhin entschieden entgegenzutreten. Mit den dargestellten Maßnahmen werden Verfassungsschutz und Polizei dazu beitragen, jüdische und muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie alle, die sich für unsere Gesellschaft engagieren, vor Gewalt und Straftaten zu schützen. Politisch motivierte Straftäter werden die Strafverfolgungsbehörden darüber hinaus konsequent verfolgen, um damit die Grundlage für angemessene strafrechtliche Sanktionierungen zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen



Roger Lewentz